

Armut ist relativ!

DOROTHEE SPANNAGEL, JAN BRÜLLE

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Die Menschen hierzulande haben Zugang zu sauberem Trinkwasser, einem guten Bildungs- und Gesundheitssystem und können sich grundsätzlich auf funktionierende öffentliche Infrastrukturen verlassen. Dass sie etwa zu verhungern drohen, weil sie sich nicht ausreichend Essen leisten können, ist glücklicherweise äußerst selten. Auch dass Menschen beispielsweise erfrieren, weil sie auf der Straße leben müssen, kommt kaum vor. Solche existenziellen Notlagen waren in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg noch verbreitet, können aber seit den 1950er Jahren als beinahe überwunden gelten. Absolute Armut, verstanden als Mangel am zum Überleben Notwendigen, gibt es in Deutschland kaum. Im internationalen Vergleich sind selbst Menschen mit für deutsche Verhältnisse niedrigen Einkommen zumindest in der Mitte der Verteilung, wenn nicht gar reich. Also kein Grund zur Sorge? Ist Armut in Deutschland seit dem Ende der unmittelbaren Nachkriegsnot überwunden und tritt nur mehr in Einzelfällen auf? Die Antwort lautet nein. Denn: Armut hat einen immanent relativen Charakter – sie kann nur vor einem konkreten räumlichen und zeitlichen Hintergrund bestimmt werden. Armut ist eine soziale Kategorie, die stets in einem gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Diskurs definiert werden muss.

Aktuell wird in diesem Diskurs zumindest in Teilen der relative Charakter von Armut in Frage gestellt.¹ Dies ist mindestens aus zwei Gründen problematisch: Zum einen kann so Armut als gesellschaftliches Problem quasi kleingerechnet werden. Zum anderen verschiebt es auch die Diskussion um nötige sozialpolitische Interventionen – weg von der Sicherung angemessener Teilhabe hin zur Gewährleistung lediglich eines absoluten Minimums an materieller Ausstattung. Damit einher gehen auch unterschiedliche Vorstellungen gesellschaftlichen Fortschritts: Wird eine relative Vorstellung von Armut zugrunde gelegt,

so muss der Maßstab sein, dass dieser sich vor allem in materiellen Verbesserungen für diejenigen niederschlägt, die am wenigsten haben. Wird von einer relativen Konzeption abgewichen, so reicht es, wenn steigender Wohlstand zumindest *auch* den Armen zugutekommt, unabhängig davon, wie sehr sich der Lebensstandard anderer Einkommensgruppen verbessert. Die Verwendung eines absoluten Armutskonzepts mag in den ersten Nachkriegsjahren noch angemessen gewesen sein, mit der Überwindung der unmittelbaren Not wurde ein solcher Ansatz aber obsolet. Seitdem kann nicht mehr das Überleben als Referenzpunkt für Armut gelten, sondern die gesellschaftliche Teilhabe, nicht mehr das physische, sondern das soziokulturelle Existenzminimum. Arm ist in einer reichen Gesellschaft auch, wer nicht ausreichend Ressourcen hat, um an der Gesellschaft angemessen teilhaben zu können und sich das leisten zu können, „was sich alle leisten können“.

Armut und Teilhabe

Eine solche relative Sicht auf Armut ist untrennbar mit einem Teilhabekonzept verbunden. Armut ist Ausdruck einer erzwungenen, deutlich eingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabe. Damit ist Armut im Kern immer mehrdimensional, da gesellschaftliche Teilhabe zahlreiche Dimensionen wie etwa ökonomische, politische, kulturelle oder soziale Aspekte umfasst. Die notwendige Voraussetzung für eine solche Teilhabe sind in einer hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaft entsprechende finanzielle Ressourcen. Armut ergibt sich mithin aus unzureichenden finanziellen Mitteln und wird daher üblicherweise als Einkommensarmut verstanden.² Eine solche Teilhabeperspektive nimmt dabei nicht individuelle Präferenzen, sondern ein „gesellschaftliches Mittel“ als Referenzpunkt. Das, was als gesellschaftlicher Standard gilt, etwa regelmäßige Kinobesuche oder die Möglichkeit, gelegentlich mit Freund*innen auszugehen, ist das materielle Korrelat des so-

ziokulturellen Existenzminimums als Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe. Die Armuts Grenze ist die Einkommenshöhe, die benötigt wird, um sich diesen gesellschaftlichen Standard leisten zu können. Es ist eine etablierte wissenschaftliche Praxis, diese Höhe bei 60 % des Medianeinkommens anzusetzen. Dieses mittlere Einkommen ist der gesellschaftliche Standard, der relative Bezugspunkt für Armut.

In der EU ist ein solches relatives Armutskonzept seit Jahrzehnten etabliert. Bereits 1984 wurde festgelegt, dass Personen dann arm sind, wenn sie „über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, daß sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist“.³ Seit 2001 ist die 60%-Schwelle als Grenze für dieses Minimum festgeschrieben. Relativer Referenzpunkt ist dabei das Medianeinkommen der einzelnen Mitgliedstaaten. Ein großer Vorteil dieses Vorgehens ist, dass nicht eine Liste von Gütern und Dienstleistungen definiert werden muss, die für ein solches Minimum notwendig sind, sondern dass das Erreichen des Minimums indirekt aus der Verfügung über ein Einkommen oberhalb der 60%-Grenze abgeleitet wird. Dadurch wird auch der Tatsache Rechnung getragen, dass Menschen ihre eigenen Vorlieben und Bedürfnisse haben. Der mit der Verfügung über Einkommensressour-

1 Vgl. etwa Cremer, G. (2024): Kinderarmut – Fallstricke der Debatte, in: Sozialer Fortschritt 73 (4), S. 253–263.

2 Selbstverständlich ist auch das Vermögen eine relevante finanzielle Ressource. Allerdings verfügen Arme in den allermeisten Fällen nicht über Vermögen oder sind verschuldet, sodass eine Beschränkung auf Einkommen keine relevante Verkürzung darstellt.

3 Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (1991): Schlussbericht des zweiten europäischen Programms zur Bekämpfung der Armut 1985–1989, Brüssel, S. 4.

cen einhergehende Wahlfreiheit kommt hier ein eigener Wert zu.

Gerade der relative Charakter von Armut wird oftmals kritisiert. Wenn nun aber das mittlere Einkommen z.B. um 1000 € steige, dann steige ja auch die Armutsgrenze – so ein häufiges Argument. Abstrakter formuliert lautet die Kritik: Die 60%-Schwelle sei kein Armutsmaß, sondern messe lediglich die Ungleichverteilung der Einkommen. Was allerdings übersehen wird: Armut ist untrennbar mit Ungleichheit verbunden. Arm ist man relativ zur Gesamtverteilung der Einkommen. Um im obigen Beispiel zu bleiben: Steigt das mittlere Einkommen um 1000 €, steigt mit ihm auch der gesellschaftliche Standard. Arme Haushalte brauchen jetzt ebenfalls mehr Geld, um weiterhin an der Gesellschaft teilhaben zu können – in diesem Beispiel 600 € mehr. Diese Verknüpfung von Armuts- und Ungleichheitsmaß ist keine Schwäche des Konzepts. Im Gegenteil: Sie ist Ausdruck des relativen Charakters eines teilhabeorientierten Armutsverständnisses. Um diesen Punkt noch klarer zu machen, hilft ein Blick auf die faktischen Entwicklungen: Seit 1995 sind die realen Einkommen der untersten 10 % der Einkommensverteilung um lediglich 4 % gestiegen. Im gleichen Zeitraum haben die Einkommen in der Mitte der Verteilung gegenüber dem Niveau in den 1990er Jahren um etwa ein Drittel zugenommen.⁴ Der Anstieg der Armut in dieser Phase zeigt an, dass von den Wohlstandsgewinnen der letzten Jahrzehnte nicht alle profitierten und dass viele Menschen im unteren Bereich der Einkommensverteilung zurückgefallen sind – und zwar so sehr, dass sie relativ zur Mitte der Gesellschaft als arm gelten müssen. Dass die Einkommen der reichsten 10 % sogar noch stärker angestiegen sind als in der Mitte, spielt dabei aufgrund der Konstruktion des Indikators keine Rolle. Ebenso wenig würde sich die Armutsschwelle verändern, wenn Bill Gates oder ein anderer Milliardär nach Deutschland ziehen würde – anders als von vielen Kritiker*innen des relativen Armutskonzeptes behauptet.⁵

Vom Risiko der Armut

Seit neuerem wird gelegentlich, ganz im Einklang mit der oben erwähnten Kritik am relativen Charakter der Armutsmessung, die gängige 60%-Schwelle nicht mehr als Armutsgrenze, sondern als „Niedrigeinkommensschwelle“ bezeichnet.⁶ Hier versucht sich die Wissenschaft auf einen scheinbar wertneutralen Begriff zurückzuziehen. Dabei werden gut belegte Fakten,

die seit Jahrzehnten bekannt sind, schlichtweg ignoriert: Menschen mit einem Einkommen von weniger als 60 % des Medians haben überdurchschnittlich häufig eine schlechtere Gesundheit, schlechtere Bildungschancen, wohnen in schlechteren Wohnungen in heruntergekommenen Wohnvierteln. Sie sind arm, weil ihr niedriges Einkommen ihnen keine angemessene Teilhabe erlaubt.

Die EU hat die oben angesprochene sinnvolle Armutsdefinition zwar geschaffen und die 60%-Grenze als Standard etabliert, sie hat aber auch den Begriff des Armutsrisikos geprägt. Nimmt man diesen Begriff wörtlich, so sind Personen unterhalb der 60%-Grenze nicht unbedingt arm, sie haben nur ein sehr hohes Armutsrisiko⁷ – was einer Verharmlosung gleichkommt. Zudem bleibt es die EU hier schuldig, klar zu definieren, wann jemand tatsächlich als arm gelten soll. Aus Armut resultiert aber ein ganz anderer politischer Handlungsdruck als lediglich aus einem „Armutsrisiko“. Es ist vermutlich eher so, dass zahlreiche Haushalte mit einem Einkommen knapp oberhalb der Armutsschwelle derart prekäre Lebensbedingungen haben, dass sie es sind, die ein Armutsrisiko haben – etwa, weil sie keinerlei Rücklagen haben, um defekte Gebrauchsgüter wie eine Waschmaschine oder gar ein Auto ersetzen zu können. Aber natürlich gilt auch: Nicht alle Personen mit einem Einkommen unterhalb der 60%-Schwelle sind gleichermaßen in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt, nicht alle sind gleichermaßen arm.

Arme Studierende?

Ein oft genanntes Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Gruppe der Studierenden. Viele Studierende, die nicht mehr im elterlichen Haushalt leben, haben ein Einkommen

unterhalb der 60%-Schwelle. Sind sie deshalb arm, also in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe deutlich eingeschränkt? Nicht unbedingt. Viele von ihnen können mit dem Lebensstandard mithalten, der unter Studierenden üblich ist, können sich ein günstiges Bier in der Studentenkneipe oder den vergünstigten Kinoeintritt leisten. Dies ist aber kein Grund, die 60%-Armutsgrenze infrage zu stellen: Einerseits ist es natürlich so, dass Studierende mit sehr geringen Einkommen gegenüber wohlhabenderen Kommiliton*innen benachteiligt sein können, etwa wenn sie Nebenjobs haben und sich so nicht voll auf ihr Studium konzentrieren können. Andererseits ist das Studium eine vorübergehende Lebensphase, an die sich für die allermeisten eine Erwerbstätigkeit mit oft höherem Einkommen anschließt, sodass es sich tatsächlich um eine besondere Lebenslage handelt, die nicht auf andere Gruppen übertragbar ist. Gleichzeitig gilt: Die Gruppe der Studierenden mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, die nicht mehr im elterlichen Haushalt leben, ist so klein, dass sie nur einen extrem geringen Prozentsatz der Armutspopulation ausmacht.⁸ Also kein Grund, an der 60%-Grenze zu rütteln.

Armut multidimensional betrachten

Dieses Beispiel macht deutlich, dass es sinnvoll ist, die indirekte, relative 60%-Grenze um direkte Armutsmaße zu ergänzen, die den konkreten Lebensstandard einer Person in den Blick nehmen. Berücksichtigt man zum Beispiel, wie sich Einkommensarmut in materiellen Mangellagen niederschlägt, erhält man nicht nur ein gutes Bild davon, welche Folgen mit Armutseinkommen verbunden sein können. Man sieht auch, dass es vor allem verfestigte Armut ist, die solche schädlichen Folgen hat.⁹ Eine nähere Betrachtung der Tiefe und Dauer von Armutsepi-

4 Grabka, M. M. (2024): Niedriglohnsektor in Deutschland schrumpft seit 2017, in: DIW Wochenbericht 5, S. 67–76.

5 Zu weiteren häufigen Irrtümern in Bezug auf das relative Armutskonzept vgl. Arbeitskreis Armutsforschung (2017): Erklärung zum Armutsbegriff, in: Soziale Sicherheit (4), S. 151–155.

6 So verwendet etwa das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung seit einigen Jahren nur noch den Begriff des „Niedrigeinkommens“ (vgl. etwa Grabka, M. M. / Goebel, J. (2020): Realeinkommen steigen, Quote der Niedrigein-

kommen sinkt in einzelnen Altersgruppen, in: DIW Wochenbericht 18, S. 315–323).

7 https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Glossary:At-risk-of-poverty_rate

8 Becker, I. (2017): Kritik am Konzept relativer Armut – berechtigt oder irreführend?, in: WSI-Mitteilungen 70 (2), S. 98–107.

9 Der WSI-Verteilungsbericht 2023 etwa zeigt, dass sich im Jahr 2021 8,3 % der Armen keine neue Kleidung leisten konnten. Bei Personen, die fünf Jahre durchgehend in Armut

soden ist deshalb sinnvoll. Gleichzeitig bietet der Blick auf den tatsächlichen Lebensstandard armer Menschen die Möglichkeit, die Auswirkungen der sehr hohen Inflation abzubilden. Diese beeinträchtigt den Lebensstandard und die Teilhabe nicht unbedingt für alle Einkommensgruppen gleichermaßen. Tatsächlich konzentrierte sich die Teuerung lange Zeit vor allem auf Waren, die für arme Menschen einen besonders hohen Anteil ihrer Ausgaben ausmachen, zum Beispiel für Nahrungsmittel. Erst die Gesamtschau verschiedener Armutsmaße – indirekte, relative Einkommensarmut als Ausgangspunkt, direkte Armutsmaße wie das der materiellen Deprivation oder Indikatoren zur Schwere der Armut (etwa die Armutslücke) als Ergänzung – ergibt ein so umfassendes Bild von den

Lebenslagen der Menschen am unteren Rand der Gesellschaft, dass sich daraus politische Gegenmaßnahmen ableiten lassen. Denn das sollte schließlich der normative Kompass jeglicher Armutsforschung sein: Daten und Fakten über Armutsbetroffenheit zu liefern, die als Grundlage dienen können, um eine wirksame nachhaltige Armutsbekämpfungs- oder besser noch Armutsvermeidungspolitik zu machen. ■

lebten, sind dies 17,0 % (Brülle, J. / Spannagel, D. (2023): Armut als Gefahr für die Demokratie. WSI-Verteilungsbericht 2023. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung: WSI-Report Nr. 90, Düsseldorf).

AUTOR*INNEN

DOROTHEE SPANNAGEL, Dr., Referatsleiterin für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Armuts- und Reichtumsforschung, Soziale Ungleichheit und Sozialpolitik.

@ dorothee-spannagel@boeckler.de

JAN BRÜLLE, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter im Referat für Verteilungsanalyse und Verteilungspolitik im Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Dynamiken sozialer Ungleichheit, Internationaler Vergleich von Wohlfahrtsstaaten.

@ jan-bruelle@boeckler.de